

Albanien als Testlabor für Europas Abschottung

Erstmals unterstützen Frontex-Beamte Polizisten beim Grenzschutz außerhalb der EU

Von einem albanischen Hügel aus wacht die europäische Grenzschutzagentur Frontex darüber, wer illegal in die Europäische Union will. Zwei tschechische Frontex-Beamte scannen mit der Kamera ihres Wärmebildwagens die albanisch-griechische Grenzregion. Zusammen mit einem albanischen Polizeibeamten kontrollieren sie ihre Bilder. „Bislang ist es ein ruhiger Abend“, sagt Pavel Dolezal, „wobei: Da haben wir auch schon 50 Migranten! Sie werden sogar von zwei Schmugglern begleitet.“ Dolezal zeigt auf den Bildschirm. Auf dem Monitor treiben zwei Hirten eine Schafherde über ein weites Feld. Die umstehenden Grenzschützer lachen über den Witz.

VON MICHAEL GRAUPNER

Seit Mai dieses Jahres sind 50 Beamte von Frontex an zwei Grenzposten im Osten Albaniens stationiert. Sie sollen einen kleinen Teil der 350 Kilometer langen, gebirgigen und schwer zugänglichen Grenze zu Griechenland überwachen. Der Einsatz ist beispiellos: Erstmals setzt die EU Frontex-Beamte außerhalb ihres Territoriums ein. Frontex war bisher nur auf EU-Gewässern und auf dem EU-Festland unterwegs. Nun wachen die Beamten in Albanien darüber, wer in die EU einreist.

Seit der letzten Frontex-Reform darf die Behörde auch in Nicht-EU-Staaten agieren – wenn diese die EU darum bitten. Albanien, das hofft, noch in diesem Jahr mit den EU-Beitrittsverhandlungen beginnen zu können, hat das 2017 getan. Dass es nicht der letzte Einsatz in der Region sein wird, verrät schon sein Name. Während Frontex-Missionen üblicherweise nach griechischen Gottheiten benannt sind, heißt diese First Joint Operation in the Western Balkans.

Albanien hat Frontex auch deshalb um Unterstützung gebeten, weil die eigene Grenzpolizei chronisch unterbesetzt ist. Gerade einmal zehn Polizisten überwachen die Grenze, die in den vergangenen Jahren vermehrt von Schleppern und Migranten genutzt wird. Denn die sogenannte Balkan-Route ist mittlerweile geschlossen: Viele Migranten kommen von der Türkei über den griechischen Fluss Evros und die Ägäischen Inseln in die EU. Um weiter Richtung Zentraleuropa zu gelangen, müssen sie durch Albanien. Während 2018 noch 6893 Migranten von der albanischen Grenzpolizei erfasst wurden, waren es in den ersten neun Monaten dieses Jahres schon 6806.



Albanischer Polizist (r.) mit Frontex-Kollege an der Grenze zu Griechenland

Das Frontex-Kontingent setzt sich aus zwölf Mitgliedstaaten zusammen. Im September sind fünf deutsche Frontex-Beamte in Albanien im Einsatz. Dominik Matiske ist an der nördlichen Grenze am Grenzposten Kapshtica stationiert. Er trägt eine schwarze Bundespolizeiuniform, an seinem rechten Oberarm eine hellblaue Frontex-Binde. Zusammen mit seinem albanischen Kollegen Besard Xhaferrri fährt er an diesem Abend Patrouille. Die Fahrt führt auf Schotterwegen durch albanische Grenz-dörfer. „In Deutschland hat man auf den Straßen Autos, Radfahrer und E-Scooter. Hier sind es Esel, Kühe und Pferde“, sagt Matiske. Auf einer Erhöhung steigen sie aus. Matiske kontrolliert mit einem Nachtsichtgerät die grüne Grenze. Es dämmt. „Die Gegend ist unübersichtlich, das macht es schwer.“ Die meisten Migranten machten sich erst gegen Mitternacht auf die Reise. Sein albanischer Kollege Xhaferrri zeigt Matiske, wohin er schauen soll. „Es ist notwendig, dass Frontex hier ist, weil wir zu wenige sind, um die Migrationsströme zu stoppen“, sagt Xhaferrri.

Dies gibt auch die Frontex-Sprecherin Izabella Cooper als vorderstes Ziel aus: „Wir wollen sichergehen, dass niemand unentdeckt das Territorium eines Landes betritt“, sagt sie. Seit Beginn der Mission Ende Mai konnte Frontex 2810 Migranten nach ihrem Grenzübergang aufgreifen. Zudem möchte Frontex In-

formationen über die grenzüberschreitende Kriminalität sammeln. Die Behörde darf zwar keine eigenen Untersuchungen anstellen. Sie habe bereits Informationen über ein Schleppernetzwerk in der Türkei und Griechenland sammeln und an Europol weitergeben können, so Cooper.

Zurück zu den tschechischen Grenzschützern. Nachdem diese mit ihrem Nachtsichtwagen Migranten entdeckt haben, schicken sie deren Position an die Frontex-Teams. Die meisten ergeben sich gleich, sagt Bundespolizist Jan Seibold, der ebenfalls mit einem albanischen Kollegen Patrouille fährt. Sie durchsuchen die Migranten nach gefährlichen Gegenständen und Dokumenten. Die albanischen Grenzpolizisten übernehmen den Transport in die nächste Polizeistation. Dort werden sie von Übersetzern und Identitätsprüfern befragt und registriert. In der vergangenen Nacht hätten sie fünf Marokkaner festgenommen, sagt Seibold. Sie sind mit Irakern und Syrern die größte Gruppe. „Wir haben hier auch schon mal sieben Tibetaner und zwei Haitianer aufgegriffen.“ Auch Migranten, die schon Deutsch gesprochen haben, seien dabei gewesen.

Sobald sie in einer albanischen Polizeistation registriert worden sind, können die Migranten Asyl beantragen. Davon machen viele Gebrauch: 2018 waren es noch 4175 Asylanträge, Mitte September dieses Jahres sind es bereits 4199. Die meisten entziehen sich aber dem Asylverfahren – und gehen weiter. „Das ist ein Dilemma“, sagt Raphael Bossong von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der sich dort mit europäischer Migrationspolitik beschäftigt. Das Registrieren sei eine Maßnahme, die nicht richtig ziehe. Primär gehe es bei dem Frontex-Einsatz in Albanien aber auch um etwas anderes: „Die operative Bedeutung ist eher gering. Es geht vor allem um das Symbol, dass solche Missionen in Drittstaaten möglich sind.“ Frontex sei in erster Linie bemüht, ein Modell zu schaffen, das Schule machen kann.

Die Frontex-Beamten selbst spielen diese Signalwirkung der Mission herunter. Sie stellen den ersten Einsatz außerhalb der EU als ganz normal dar. „Es ist genau das Gleiche, ob ich nun in Griechenland oder Bulgarien arbeite“, sagt Bundespolizist Seibold. Die Arbeitssprache sei Englisch, die Arbeitsabläufe die gleichen, nur seien die Einheimischen besonders hilfreich: Sie würden Frontex rufen, wenn sie Migranten sehen.

Ein Besuch im albanischen Trestenik zeigt ein anderes Bild. Das Dorf liegt unmittelbar hinter der albanisch-griechischen Grenze und ist in den vergangenen Monaten zu einer Art Durchgangsstation für Migranten geworden. Drei junge Männer kommen von der Grenze. Aus Palästina seien sie, erzählt einer von ihnen. Heute Morgen seien sie in Griechenland aufgebrochen. Von Frontex hätten sie noch nichts gehört. Sie wollten heute noch in die nächste größere Stadt, nach Korça, von dort aus nach Tirana, dann nach Montenegro, Bosnien, Kroatien, Slowenien, Italien. Anschließend nach Deutschland, in Hamburg und Hannover hätten sie Freunde.

Die „First Joint Operation in the Western Balkans“ ist eben doch kein alltäglicher Einsatz. So musste die EU rechtliche Fragen klären, etwa, ob und wie man Grenzschützer mit einer Exekutivmacht in einem Nicht-EU-Mitgliedstaat ausstatten kann. Die EU gehe mit der Frontex-Mission in Albanien ähnlich vor wie beim Abkommen mit der Türkei, erklärt Bossong: Man versuche, die Migranten vor Ort zu überzeugen, dass es dort sicher sei. „Es gibt den starken Anreiz, die Menschen möglichst in den Ländern des westlichen Balkans zu behalten.“ Denn sobald sie einen EU-Mitgliedstaat betreten, können sie dort Asyl beantragen. Das wolle man verhindern, so Bossong. „Je mehr Frontex dazu beitragen kann, dass die Migranten der Nachbarschaft bleiben, desto mehr haben die EU-Mitgliedstaaten ein Interesse, Frontex zu nutzen.“

Albanien dient also tatsächlich als ein Labor für zukünftige Frontex-Einsätze in anderen Ländern des westlichen Balkans. Die Abkommen mit Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und Bosnien und Herzegowina sind ausverhandelt. Sie müssen nur noch unterzeichnet werden, teilt die EU-Kommission mit. Inklusiv Albanien wollen alle dieser Länder in die EU.



Der türkische Innenminister Süleyman Soylu (r.) begrüßt in Ankara seinen deutschen Amtskollegen Horst Seehofer

Seehofer kommt der Türkei entgegen

Deutschland kommt der Türkei weit entgegen, damit das Land auch künftig viele Flüchtlinge aufnimmt und sie von der Überfahrt nach Griechenland abhält. Nach wiederholten Drohungen des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, die „Tore“ nach Europa zu „öffnen“, reiste Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nach Ankara zu seinem türkischen Kollegen Süleyman Soylu.

VON MARCEL LEUBACHER UND RICARDA BREYTON

Der bat am Abend Seehofer und den EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos wie erwartet um zusätzliches Geld für die Flüchtlingsaufnahme. Seehofer sagte nach dem Gespräch, darüber müsse die neue EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen (CDU) rasch beraten. „Ich werde nach Brüssel fahren und der neuen Kommissionspräsidentin meine Eindrücke hier schildern, damit das sehr schnell angegangen wird.“ Auch wird der türkische Innenminister gemeinsam mit Erdogan eine Liste zusammenstellen mit Punkten, bei denen Deutschland der Türkei helfen könne. Denkbar sei beispielsweise Unterstützung bei der Grenzüberwachung, sagte Seehofer. Hierzu wurde nichts Konkretes verkündet – wie WELT erfuhr, soll Seehofer aber kurz vor seiner Abreise von den Sicherheitsbehörden gebeten worden sein, auf eine Zusammenarbeit bei der Küstenwache zu dringen. Dort hält man es demnach für unplausibel, dass es der großen türkischen Marine nicht möglich sein soll, die wenigen Seekilometer zwischen ihrer Küste und den griechischen Hoheitsgewässern zu überwachen. Falls Seehofer erreichen könne, dass auf mindestens einem Schiff die türkische und die deutsche Seite dauerhaft gemeinsam vertreten seien, dürfte sich der Erfolg der türkischen Küstenwache beim Aufgreifen von Bootsmigranten wieder verbessern, weil offensichtliches Nichthandeln auf dem deutschen Beamten direkt auffallen würde, so die Begründung.

Trotz vieler Hinweise auf eine Lockerung der Kontrolle durch die türkische Polizei und Küstenwache weist Ankara bisher diese Vorwürfe zurück. Stattdessen verwies der türkische Innenminister auf den starken Zuwanderungsdruck, unter dem die Türkei weiterhin stehe. Auch hierzu wurde nicht bekannt, was Soylu genau im Gespräch vortrug. Die deutsche Verhandlungsseite geht laut WELT vorliegenden Papieren davon aus, dass in diesem Jahr bereits mehr illegal Eingereiste in der Türkei aufgegriffen wurden – nämlich 269.000 Personen bis Mitte September – als im gesamten Vorjahr (268.000), darunter vor allem Afghanen (117.000), gefolgt von Pakistanern (43.000) und Syrern (29.000).

Seehofer sagte nach dem Gespräch in Ankara, die Zuwanderung in die Türkei

Ankara will zwei Millionen Flüchtlinge nach Syrien bringen und dafür Hilfe von der EU. Das Land steht unter hohem Einwanderungsdruck, beherbergt aber womöglich viel weniger Menschen als angegeben. Nun stellt Deutschland mehr Geld für Unterbringung in Aussicht

„gewaltig“ und steige. „Deshalb müssen wir schauen, wie dieser Pakt zwischen der Europäischen Union und der Türkei gekräftigt werden kann.“ Und: „Wo immer wir unseren Beitrag leisten können“, sei man dazu bereit.

In einem anderen elementaren Punkt dürfte eine Einigung schwierig werden. Der türkische Vizepräsident Fuat Oktay forderte die EU am Freitag dazu auf, bei der Umsiedlung von syrischen Flüchtlingen in eine sogenannte Sicherheitszone in Nordsyrien zu helfen. Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu zitierte wie folgt aus der Rede von Oktay während des Empfangs mit Seehofer und Avramopoulos am Freitag: „Wir erwarten, dass fast zwei Millionen Syrer freiwillig in diesen Friedenskorridor umsiedeln können. Wir müssen die nötige Infrastruktur bauen – vorläufige und langfristige Behausungen, Krankenhäuser und Schulen.“ Die Projekte seien fertig geplant, „aber wir brauchen die Unterstützung aller regionalen Akteure, um sie umzusetzen, besonders der EU“, so Oktay. Das Umsiedlungsprojekt ist höchst umstritten, unter anderem weil Nordsyrien weiterhin umkämpft ist. Das Thema war schon am Donnerstagabend bei Seehofers Treffen mit dem Innenminister Soylu und am Freitag bei einem Treffen mit Außenminister Mevlüt Cavusoglu aufgetaucht. Seehofer ließ seine Gesprächspartner offenbar abblitzen. „Ich habe deutlich gesagt, dass es ja viele Regierungen gibt, unsere eingeschlossen, die da ihre Probleme haben“, sagte Seehofer.

Die Türken begründen ihren wachsenden Bedarf an Geld aus Brüssel vor allem mit einer steigenden Belastung durch rund 3,7 Millionen Syrer und 400.000 andere Migranten im Land. Doch es regen sich Zweifel an diesen

Angaben: Nach einer Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) könnte die Zahl der in der Türkei lebenden Syrer deutlich niedriger sein als von Erdogan beziffert. „Wir gehen davon aus, dass in der Türkei rund 600.000 bis 800.000 weniger syrische Flüchtlinge leben, als die türkischen Behörden angeben“, sagt Studienautor Franck Düvell, der den Aufbau des türkischen Flüchtlingsmanagementsystems nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren wissenschaftlich begleitet. „Die Türkei zählt nur die Registrierungen von Flüchtlingen. Abmeldungen werden bis auf wenige Ausnahmen nicht erfasst.“ Wenn Flüchtlinge in die EU weiterziehen oder nach Syrien zurückgehen, schlage sich das in der Statistik in der Regel nicht nieder, sagt Düvell WELT. Auch wenn sich Personen an einem anderen Ort unter neuem Namen erneut registrieren, werde das im System nicht vermerkt. „Auch nach Abzug der Karteileichen ist die Türkei noch immer das Land, das weltweit die meisten Flüchtlinge beherbergt“, sagt Düvell. „Der Migrationsdruck ist aber nicht so groß, wie die EU vermutet.“

Das Auswärtige Amt hält sich in seiner Schätzung von den in der Türkei lebenden Flüchtlingen an die Zahlen der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen. Aus dem Amt hieß es auf WELT-Anfrage, laut UNHCR lebten gegenwärtig fast 3,7 Millionen registrierte syrische Flüchtlinge in der Türkei. Zudem seien demnach 370.000 nicht syrische Flüchtlinge und Migranten in der Türkei registriert. Allerdings scheint auch das UNHCR nicht genau zu wissen, wie viele syrische Flüchtlinge derzeit in der Türkei leben. Die Zahl von 3,7 Millionen, die das Flüchtlingshilfswerk selbst verbreitet, sei eine „Schätzung der Regierung“, heißt es im aktuellen Bericht „Global Trends“. In einem eigenen Verfahren hatte die Organisation noch bis Februar 2019 die Registrierungen von „mehr als 2,7 Millionen Syrern“ verifiziert. Warum sich die Zahl um knapp eine Million von den Angaben der türkischen Regierung unterscheidet, ist nicht abschließend geklärt. Die Überprüfung sei erschwert, „weil mehr als 80 Prozent der Flüchtlinge in Städten und Dörfern leben und nicht im Flüchtlingscamp“, sagt ein UNHCR-Sprecher.

Dass ein Staat nicht genau weiß, wie viele Ausländer auf seinem Gebiet leben, ist nichts völlig Ungewöhnliches. Selbst im vergleichsweise recht gut organisierten Deutschland leben laut plausiblen Schätzungen mehrere Hunderttausend Zuwanderer ohne Registrierung der Behörden.

Auch musste sich Seehofer in der Türkei mehrmals anhören, dass von den versprochenen sechs Milliarden Euro für die Flüchtlinge in der Türkei seitens der EU bisher nur 2,4 Milliarden Euro ausgezahlt seien. Diese alte Klage pariert die EU-Kommission seit jeher damit, dass es sich um eine falsche Be-

rechnung handle. Laut Brüssel sind aktuell schon 5,6 Milliarden Euro fest für bestimmte Projekte veranschlagt. Wegen der Projektbezogenheit der Mittel sei klar, dass sie über den gesamten Projektzeitraum abfließen, mehrheitlich haben die Unterbringungs-, Schul- oder Gesundheitsprojekte Laufzeiten bis 2021 und 2025.

Was bei aller Kritik an der türkischen Regierung zuweilen untergeht, ist: Das Land hat mehr syrischen Flüchtlingen Schutz gewährt als jeder andere Staat, ob es nun zwei, drei oder vier Millionen sind. Alles andere wäre allerdings auch ein historischer Sonderfall. Menschen fliehen vor Krieg und Verfolgung einerseits überwiegend in die sicheren Regionen ihres Herkunftslandes, auch heute leben drei Viertel der weltweit geschätzt 70 Millionen Vertriebenen im eigenen Staatsgebiet. Zum anderen kommen von denjenigen, die außer Landes fliehen, rund 90 Prozent in die Nachbarländer. Nur ein relativ kleiner Teil versucht, auf dem Wege illegaler Migration in weit entfernte Länder oder gar andere Kontinente einzureisen. Weil dieser relativ kleine Teil in absoluten Zahlen dann doch so groß ist – beispielsweise sind die Syrer innerhalb weniger Jahre zur drittgrößten Ausländergruppe in Deutschland geworden –, hat sich in den vergangenen Jahren die Auffassung verbreitet, es sei völlig normal, dass Kriege und Verfolgungen auf anderen Kontinenten zu größeren Wanderungsbewegungen nach Deutschland oder in andere EU-Länder führen.

Zudem ist der Aufwand, den die Türkei für die Syrer treibt, nicht ansatzweise mit jenem europäischer Staaten zu vergleichen. Die großen Aufnahmelager werden vom UNHCR gemangt und überwiegend von Deutschland und den übrigen EU-Staaten finanziert. Inzwischen lebt aber nur noch rund jeder 20. Flüchtling in den Lagern im Südosten der Türkei. Die übrigen haben überwiegend in der Region Istanbul und anderen prosperierenden Städten versucht, sich ein halbwegs normales Leben aufzubauen. Dort konkurrieren sie zwar mit ärmeren Türken um günstigen Wohnraum und niedrigqualifizierte Jobs, doch für den türkischen Steuerzahler hält sich die Belastung in Grenzen. In Deutschland stehen jedem Syrer, sobald er anerkannt ist, beziehungsweise spätestens 15 Monate nach seiner Einreise Leistungen in Höhe der Sozialhilfe zu. Bei Alleinwohnenden sind das neben Wohn-, Gesundheits- und Bildungskosten ungefähr 416 Euro. In der Türkei ist eine solche Versorgung selbst für arbeitslose eigene Staatsbürger unvorstellbar, der Staat ist selbst ein Hauptherkunftsland von Asylbewerbern in Deutschland – die überwiegend abgelehnt, aber nicht abgeschoben werden. Hierzu hatte die EU mit der Türkei schon ein Rücknahmeabkommen verhandelt, das auf Eis liegt, vor allem weil die von der Türkei erwünschte Visumfreiheit für türkische Staatsbürger von der EU nicht bewilligt wird.